

Einlassung zur Sache

Wir stehen vor Gericht, weil behauptet wird, wir hätten eine andere Person mit Gewalt oder der Drohung mit einem empfindlichen Übel genötigt.

Aber ich bin es, die genötigt wurde.

Ich fühle mich genötigt.

Ich fühle mich genötigt durch Herrn Richter Sturm.

Herr Sturm nötigte mich hier zu erscheinen.

Herr Sturm nötig mich hier meine Zeit zu verbringen.

Herr Sturm nötigt mich mich in diesem Betonklotz aufzuhalten statt mich draußen an Luft und Sonne zu erfreuen. (Apropos Betonklötze: lieber würde ich mich an einen ketten, als mich in einem aufzuhalten.)

Herr Sturm nötigt mich mich mit Paragraphen und Beamten auseinander zu setzen.

Mit stupiden, emotionslosen Berichten von Menschen, die „einfach nur ihren Job machen“. Er nötigt mich Zeit mit diesem Unsinn zu verschwenden, während draußen so viel passiert, dem ich mich widerständig in den Weg stellen müsste. So viel, zu dem ich laut und deutlich, öffentlich sichtbar und vernehmbar „Nein!“ sagen müsste.

Richter Sturm drohte mir mit Vorführung und Verhaftung. Er drohte mir sogar mit Verwerfung meines Einspruchs gegen den Strafbefehl – für mich, die ohne Einkünfte lebt, heißt das nichts anderes als eine Drohung mit Ersatzfreiheitsstrafe. Herr Sturm nötigt mich also mit nichts geringerem als der Androhung des Entzugs eines grundrechtlich verbürgtem Rechts, nämlich dem Recht auf Freiheit. Und das soll kein empfindliches Übel sein?

Ach so: das soll ja gerade ein empfindliches Übel sein? Ist das nicht verboten mit einem empfindlichen Übel zu drohen?

Überhaupt, die drohen alle ständig: Lehrer_innen, Eltern, Chefs, Verkehrspolizist_innen, Fahrkartenkontrolleur_innen, Staatsanwält_innen, ARGE-Berater_innen, Jugendämter, Flughafenbetreiber_innen, Kraftwerksbetreiber_innen, Ausländerbehörden, konservative Nachbar_innen, ... entschuldigung, aber ich befürchte meine Liste nimmt einfach kein

Ende!

Wie – ich hätte da was nicht verstanden? Wie – es geht um den Rechtsstaat? Vielleicht ist auch genau das das Problem?

Ach, es geht darum ob die Drohung verwerflich ist?

Sie reden vom Verwerflichkeitsgrundsatz? Sagen Sie das doch gleich!

Es ist also verwerflich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf die Gefahren der Atomkraft hinzuweisen?

Wissen Sie eigentlich was Atomkraft bedeutet?

Haben Sie schon einmal Bilder der Tschernobyl-Kinder gesehen? Von Kindern, die mit Kiemen oder mit Flossen geboren werden? Von Kindern, die schlichtweg nicht überlebensfähig sind?

Haben Sie sich schon einmal damit beschäftigt, wie es den Menschen, die in den Uranabbaugebieten leben, geht? Sich Gedanken gemacht über das Geschäft mit Uran als Teil des Neokolonialismus? Wir leben in einer Zeit, in der wir alles, was wir wollen, zu Spottpreisen bekommen können, weil an allen möglichen Orten der Erde Menschen gibt, die zu Billigstlöhnen ausgebeutet werden können. Menschen, die sich nicht wehren können, wenn ihnen die Lebensgrundlagen entzogen werden!

Menschen, die nichts gegen die zunehmende Vergiftung ihrer Umwelt tun können!

Diese Menschen verhungern, während sie Kaffee, Schokolade, Baumwolle, Bananen, Soja, und viele andere Dinge für den europäischen Markt produzieren. Oder sie werden verstrahlt, wenn sie zufällig in Niger oder Namibia leben und dort in den Uranabbaugebieten arbeiten.

Klar, da gibt es überdurchschnittlich gute Löhne im Tagebau und den Uranmühlen. War zu DDR-Zeiten in den ostdeutschen Uranminen ähnlich – trotzdem haben die Leute später nicht mehr viel geholfen als Krebs und andere Krankheiten bekommen haben. Und heute wird unser billiger Strom eben in Niger und Namibia mit den Leben bezahlt.

Aber verwerflich ist der Protest gegen diese Art der Stromerzeugung!

Vielleicht müssen Sie mir das noch einmal erklären ...

Haben Sie sich schon einmal damit beschäftigt, wie die Unternehmen arbeiten, die versprechen, den Müll den sie produzieren für eine Million Jahre sicher lagern zu können?

Die Asse hat ja immerhin schon mehrere Jahrzehnte gehalten...

Es gab und gibt keine Kultur, keine Schrift, keine Sprache, die auch nur annähernd so lange existiert hätte, wie dieser Müll sicher gelagert werden muss.

Aber politisch wird behauptet, es sei möglich.

Klar: es gibt 'ne Lobby. Wenn nicht, wäre die Energiebranche ja auch ganz schön blöd.

Und was ist mit uns? Sind wir blöd?

Viele von uns sind jedenfalls ziemlich machtlos.

Und wenn wir doch versuchen, die Macht in Stücke zu zerbrechen und wieder auf der Welt zu verteilen – wenn wir uns den Dingen in den Weg legen, weil uns nach wie vor ein Mitspracherecht verweigert wird, dann ist das also verwerflich.

Und es ist nicht verwerflich, Menschen für ihr Engagement zu bestrafen?

Vielleicht verstehe ich das Wort verwerflich auch nicht richtig – aber ich dachte eigentlich immer, es wäre negativ konnotiert.

Solange ich das nicht verstehen kann, bleibe ich dabei:

Ich fühle mich durch Herrn Sturm genötigt und möchte Strafanzeige gegen ihn stellen.

Ich fordere hiermit den anwesenden Vertreter der Staatsanwaltschaft auf meine Strafanzeige gegen Herrn Sturm aufzunehmen und entsprechende Ermittlungen einzuleiten!

Zum Tatvorwurf gegen mich:

Mir wird vorgeworfen (vorgeworfen? warum vorgeworfen?) ich hätte einen Zug blockiert, der aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague nach Gorleben unterwegs gewesen wäre.

Um diesen Vorwurf zu erhellen möchte ich zunächst über die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague reden. Als Einstieg in die Thematik möchte ich auszugsweise aus einem Artikel vorlesen, der am 01.07.2009 auf der Website des Scharf-links-Netzwerkes erschienenen ist:

Leider wird es in Deutschland häufig so dargestellt, als habe Frankreich 58 Atomkraftwerke - eine schier unüberwindlich hohe Zahl. Tatsächlich handelt es sich dabei aber um die Zahl der Reaktoren. Die Zahl der französischen AKWs beträgt tatsächlich nur 19, da in einigen französischen AKWs bis zu sechs Reaktoren vorhanden sind. In Deutschland sind immerhin noch 17 Atomkraftwerke in Betrieb - allerdings ist deren Anteil an der Stromversorgung weniger als halb so hoch wie in Frankreich. Hinzu kommt, daß der Atom-Ausstieg in Frankreich dadurch erschwert wird, daß neben der Atomindustrie das Militär einen großen Einfluß auf die Politik ausübt. Bekanntlich dient die Plutoniumfabrik in La Hague - die sogenannte Wiederaufarbeitungsanlage - vorrangig militärischen Zwecken.

...

Durch einen Report der Internationalen Atomenergie-Agentur, IAEA, wurde bekannt, daß bei sieben französische Reaktoren die Reaktorschnellabschaltung versagte - die wichtigste Sicherheitseinrichtung überhaupt. Das AKW Chooz A an der französisch-belgischen Grenze wies Defekte an allen Kontrollstäben auf - an allen waren Risse, Abnutzungen und gebrochene Schweißnähte zu erkennen. Auch die vielen Brände in der sogenannten Wiederaufarbeitungsanlage La Hague - wie der von 1981, der 20 Menschen "nennenswert bestrahlte" - wurde zunächst einfach verschwiegen. Alle Mängel behandelt die französische Nuklearindustrie wie Staatsgeheimnisse. So werden viele Unfälle nie bekannt.

...

Die Plutonium-Fabrik in La Hague

Politisch stellte Frau Voynet das ökologische Alibi für die offiziell als Wiederaufbereitungsanlage (WAA) bezeichnete Fabrik in La Hague dar. In dieser werden auch die abgebrannten Brennstäbe aus anderen Ländern - darunter Deutschland oder Japan - zerlegt und der begehrte Spalt- und Bomben- Stoff Plutonium gewonnen. Die ursprüngliche Idee war, das Plutonium zum Bau von Atombomben und als Brennstoff für "Schnelle Brüter" zu verwenden. Heute gibt es dafür keinen Bedarf mehr, weil die Technologie der Brüter gescheitert und Plutonium im Übermaß vorhanden ist. Die Anlage wird jedoch nach wie vor für den militärischen Bedarf der französischen force de frappe benötigt, da die atomaren Sprengköpfe der Raketen und Atombomben regelmäßig ausgetauscht und erneuert werden müssen. Allein durch die Separierung abgebrannter Brennstäbe deutscher AKWs fielen in La Hague bisher rund 40 Tonnen Plutonium an. Eingeatmet genügt ein einziges Atom Plutonium, um Lungenkrebs auszulösen.

Genau betrachtet arbeiten in La Hague die zwei Fabriken UP 2 und UP 3. Die Abkürzung UP bedeutet Usine Plutonium (übersetzt: Plutoniumfabrik). Die gesamte Kapazität beträgt 1.600 Tonnen pro Jahr, soll aber auf 1.700 Tonnen pro Jahr ausgedehnt werden. Die Betreiberfirma der Wiederaufarbeitungsanlage COGEMA (Compagnie Générale des Matières Nucléaires) befindet sich zu 89 Prozent im Besitz des staatlich kontrollierten Commissariat à l'Energie Atomique (CEA). Dieses Kommissariat ist für die französische Atomwaffenproduktion und das gesamte Atomwaffentestprogramm verantwortlich. Die übrigen 11 Prozent sind im Besitz des französischen Ölmultis TotalElfina.

Wie die Geschichte der "Wiederaufarbeitungsanlagen" La Hague in Frankreich und Sellafield in

Großbritannien zeigt, führt schon der "Normalbetrieb" zu radioaktiver Verseuchung. Aus beiden Anlagen wurde über Jahre rund 500 Millionen Liter flüssiger radioaktiver Abfall routinemäßig ins Meer geleitet. Für La Hague wurde errechnet, daß 20-mal mehr Müll entsteht, als mit den abgebrannten Brennelemente angeliefert wird. Die radioaktiven Nuklide, die von Sellafield ins Meer gepumpt werden (z.B. Technetium-99) sind noch an der norwegischen und grönländischen Küste nachweisbar.

Die Debatte über die von La Hague ausgehenden gesundheitlichen Risiken haben seit der im Januar 1997 im *British Medical Journal* erschienenen Studie des Mediziners Jean-François Viel und den Greenpeace-Messungen im März 1997 eine nicht abreißende Diskussion in den französischen Medien in Gang gesetzt. Nach den Analysen sind die inneren Ablagerungen der Pipeline so hoch verstrahlt, daß sie nach dem derzeitigen deutschen Recht in Zement verpackt und endgelagert werden müßten. Proben von Meeressediment und Rohrablagerungen enthielten derart viel Plutonium, daß diese Proben nach deutschem Recht als kernbrennstoffhaltig einzustufen sind. Auch Proben von Krebsen zeigen, daß die Meeresverseuchung bei La Hague Ausmaße angenommen hat, die mit Kontaminationen nach nuklearen Großunfällen vergleichbar sind.

Ebenfalls 1997 wiesen zwei französische Wissenschaftler in einer Studie den Zusammenhang zwischen den radioaktiven Einleitungen in La Hague und einer erhöhten Blutkrebsrate bei Kindern und Jugendlichen nach. Danach wurde eine im Vergleich zum Landesdurchschnitt um den Faktor drei höhere Blutkrebsrate innerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern um die Anlage ermittelt.

Die Regierung ließ den "Souleau-Report" in Auftrag geben, eine Studie, die, so faßte *Le Monde* zusammen, "den Streit zwischen Greenpeace und der COGEMA", der staatlichen Betreiberfirma, über die Gefahren der Anlage "nicht entscheidet". So konnte Ministerin Voynet den Untersuchungsbericht der Öffentlichkeit auch vorstellen und die Ungefährlichkeit der Atomfabrik behaupten: "Es gibt Radioaktivität in La Hague. Das ist keine Überraschung, wir wußten, daß es Strahlung gibt. Es besteht keine Gefahr für die Bevölkerung..."

Einige Monate später forderte Voynet schließlich, unter öffentlichem Druck durch weitere Greenpeace-Aktivitäten, von der COGEMA, diese müsse sich als Ziel die "Null Einleitung flüssiger radioaktiver Abfälle (in den Ärmelkanal)" setzen. Die COGEMA wies dies als Aufforderung zur Stilllegung von La Hague zurück. In einem Interview mit *Charlie Hebdo* betonte Voynet kurz darauf, für La Hague würden keine neuen Wiederaufbereitungsverträge abgeschlossen - was bedeuten würde, daß die WAA in zehn bis 15 Jahren leerliefe. So schön diese Ankündigung klingt, zwei Wochen zuvor hatte Voynet nichts dagegen unternommen, als der Staatssekretär für Industrie die Beladung der vier AKW-Blöcke von Chinon mit MOX-Brennstäben erlaubte, die neben dem "normalen" Spaltstoff Uran zusätzlich mit Plutonium aus La Hague gefüllt sind, was ihre Gefährlichkeit erhöht.

Es wurde berechnet, wie hoch die Strahlenbelastung wäre, wenn nur bei einem Becken in einer solchen Anlage Radioaktivität freigesetzt würde. Beim einem derartigen Unfall in La Hague würde in 100 Kilometer Entfernung eine Strahlenbelastung auftreten die 30 bis 230 mal höher wäre als die sofort tödliche Dosis von 600 rem. Je nach Windlage wären große Gebiete Europas nach einer solchen Katastrophe nicht mehr bewohnbar. Millionen Menschen würden sterben.

...

Quellenangabe:

[http://www.scharf-links.de/96.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=5749&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=713d0258ff](http://www.scharf-links.de/96.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=5749&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=713d0258ff)

Das ist also La Hague.

So wollen gar nicht mehr darüber hören?

Vielleicht weil solche Informationen für Unruhe sorgen?

Ja, das kann ich schon irgendwie verstehen.

Ach? Sie behaupten, es ginge gar nicht um Atomkraft!

Worum geht es denn hier?

Um unsere sog. Aktion, sagen Sie – was da tatsächlich passiert sei.

Nun wenn Sie so etwas interessiert – dann lese ich ihnen noch etwas vor:

„Radikal mutig“, heißt das Buch der Vollzeitaktivistin „Hanna Poddig“.

Ich lese auszugsweise aus dem Kapitel „Und täglich grüßt der Super-GAU“:

- Und täglich grüßt der Super-GAU
- Was war da 2007 doch gleich im AKW Krümmel passiert?
- Erstaunlich, aber wahr: Vattenfall kommt unseren Forderungen nach!

Nun können Sie sich vielleicht etwas besser vorstellen, wie solche Aktionen ablaufen.

Vielleicht sollten Sie davon lernen, vielleicht auch mal „radikal mutig“ zu sein?

Beispielsweise mutig genug, ihren Alltag in Frage zu stellen...

Oder mutig genug, um einfach alle Menschen freizusprechen, vielleicht einfach „nur“ weil es eben Menschen sind und keine Automaten, von denen bestimmtes – „normgerechtes“ – Verhalten erwartet werden kann.

Das wäre radikaler Mut – doch mutig genug den eigenen Alltag und seine Regelungen zu hinterfragen sind nur wenige.

Habe ich schon gesagt, dass ich Strafe und Recht und Gesetz und all diesen normativen Mist, der so tut als wären die Bedürfnisse der Menschen nicht individuell verschieden,

ablehne?

Hilfe, eine Anarchistin, mag sich manch eine oder einer denken – und Menschen aus einer bürgerlichen bis konservativen Kultur sehen mich vermutlich schon mit Stein in der Hand, setzen das alles gleich mit Gewalt.

Auch wenn ich hoffe, meine Kritik an der Idee der Strafe später noch ausführlicher thematisieren zu können, so muss ich nun wohl doch zur Erklärung meiner ablehnenden Haltung ausführlicher werden.

Deshalb möchte lese ich nun ein kurzes Teilkapitel aus dem kürzlich im Seitenhieb-Verlag erschienenen Buch „Herrschaftskritik“:

- Law and Order statt Lust und Laune

Wie?

Ich schweife zu sehr ab?

Aber geht es hier vor Gericht nicht um Recht und Gesetz?

Ich soll lieber wieder über Atomkraft und zu die Verhandlung, die Sie gegen mich führen, reden?

Mache ich!

Denn ich wollte mal laut und deutlich sagen:

„Mein Widerstand gegen Atomkraft ist nicht verhandelbar!“

Ich sitze hier in diesem Verhandlungssaal, weil Sie mich dazu nötigen, Herr Sturm.

Und da Sie nicht nur drohen können, sondern auch noch die geballte Gewalt des Staates hinter sich haben, mag es ihnen auch möglich sein Strafen gegen mich zu verhängen, die andere dann vollstrecken.

Aber:

ich bin hier nicht freiwillig und mein weiteres Engagement gegen Risikotechnologen wie die Atomenergie, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und mein Kampf gegen jede Form der

Herrschaft stehen hier nicht zur Debatte.

Sie können mir meine Zeit wegnehmen.

Sie können mir meine Freiheit wegnehmen.

Aber Sie werden mich nicht zur braven Staatsbürgerin machen, die wählen geht, ihre durchschnittlichen acht Stunden täglich lohnarbeiten geht und bei der der Strom aus der Steckdose kommt!

Ich werde weiterhin Fragen stellen!

Ich werde weiterhin meine Meinung sagen!

Und: ich werde mich weiterhin Dingen, die mir nicht passen in den Weg stellen!

Ach ja, da war noch was:

Die Sache mit der Naivität

Oft werde ich belächelt.

Zum Beispiel von Alt-68ern, die mir sagen, dass das alles nur eine Phase ist.

Oder von Menschen für die eine Reduktion des gesamtgesellschaftlichen Strombedarfs total naiv klingt.

„Da träumt so eine Öko-Aussteigerin vor sich hin. Die hat ja keine Ahnung von wirtschaftlichen Sachzwängen, von Boom und Rezession.“

Mag sein, dass ich davon tatsächlich wenig Ahnung habe.

Ich muss ehrlich sagen: es interessiert mich auch nicht. Für mich klingt das alles ziemlich absurd. Beispielsweise Staaten, die um Wirtschaftsstandorte konkurrieren. Also vielleicht bin ich ja irgendwie auf den Kopf gefallen, aber jedenfalls ist das schon wieder so ein Ding, das ich nicht verstehe:

Es gibt da auf der Welt so verschiedene Flächen, die sind irgendwie von einander abgetrennt. Manchmal weil da Flüsse fließen oder andere Hindernisse im Weg liegen, aber meistens weil irgendwelche Kriege das ergeben haben. Die Regierenden der verschiedenen Flächen behaupten dann überall, dass die Menschen dort möglichst viele Industrien und Firmen auf ihren Flächen haben wollen. Es wird dann meistens mit Arbeitsplätzen argumentiert, was auch schon wieder so eine komische Logik ist – aber ich schweife aus...

Jedenfalls sagen solche Leute, die an so etwas glauben, dann immer: „Wir haben den und

den Strombedarf und der muss irgendwie gedeckt werden und so lange das noch nicht anders geht, brauchen wir eben Atomkraft.“

Diese Menschen wollen ihren Lebensstandart nicht ändern – viele von ihnen haben Job, Familie und daneben diverse Annehmlichkeiten. Es interessiert sie einfach nicht, dass für den Strom, den ihr Fernseher verbraucht anderswo Menschen sterben. So etwas finde ich gruselig, aber ist nicht neu: Neokolonialismus halt, denn was weit weg ist, lässt sich leicht ausblenden.

Vor einigen Wochen gab es in Hannover unter dem Namen „Freie Republik Wendland - reaktiviert“ ein Theaterprojekt, bei dem Schüler_innen gemeinsam mit aktiven Menschen in der Hannover Innenstadt das Hüttendorf, das es vor dreißig Jahren in Gorleben gab, eine Woche lang nachempfanden.

Dort habe ich mich auch für einige Stunden aufgehalten.

In der Zeit, in der ich da war, gab es unter anderem Besuch von einem Menschen aus der FDP, denn das Theaterprojekt war in Hannover höchst umstritten und wurde somit öffentlich wahrgenommen. Den Namen des Politikers habe ich mir nicht gemerkt, da mich Parteipolitik in der Regel nicht interessiert, weil ich nicht glaube darüber Veränderungen in dem Maße, in dem sie nötig wären, erreichen zu können.

Ich habe ich jedoch an einer Diskussion beteiligt, die es zwischen den Schüler_innen, Theater-Mitarbeiter_innen, Aktivist_innen und dem Menschen aus der FDP gab. Er war eben auch so ein Mensch, der ständig mit Sachzwängen und der Nachfrage auf dem Markt argumentierte.

Irgendwann hielt ich es nicht mehr aus und fragte: „Aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass wir in Zentraleuropa in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten weiterhin diesen Lebensstand beibehalten können?“

Er antwortete: „Nun, das ist wohl eher eine philosophische Frage ...“

Diese sog. „realpolitische“ Herrangerhensweise finde ich naiv!

Dass Menschen glauben, sie müssten nur lang genug den Kopf in den Sand stecken und dann würde schon keiner und keinem ihre geringe Weitsicht auffallen und dann würde es schon immer so weitergehen, vielleicht mit ein bisschen Forschung hier und da, vielleicht

auch mit einem etwas stärkeren sozialen Gefälle – aber im Grunde unverändert.

Ich stehe hier auch deshalb vor Gericht, weil es mit wichtig ist, dass Menschen immer wieder alles in Frage stellen. Weil ich offensiv dafür eintrete, dass wir lernen unsere Bedürfnisse zu hinterfragen und die der anderen zu achten, statt alles an uns zu raffen, was wir bekommen können.

Dies hier ist ein politischer Prozess. Es geht nur scheinbar um irgendwelche Vorgänge an irgendwelchen Gleisen – tatsächlich geht es darum, dass Menschen wie wir die Dreistigkeit haben die Konsumentenrollen in Frage zu stellen. Darum, dass wir Menschen ermuntern sich autark und dezentral zu organisieren. Darum, dass dieses beschissene, menschenverachtende System es nicht vertragen würde, wenn das zu viele machen würden.

Ach ja, zu der Sache mit dem Gleisen:

Ich würde sehr gerne sagen, dass ich dort war und mich festgekettet hätte.

Weil ich es ziemlich toll fände, wenn Leute so etwas machen, auch bei den noch anstehenden Transporten.

Und weil ich mich eher dafür schämen müsste, wenn ich so etwas nicht machen würde – denn Atomkraft ist schon echt eine richtig üble Sache, gegen die es sich lohnt zu kämpfen!

Und weil jede einzelne Aktion den vielen Menschen, die laut Umfragen gegen Atomkraft sind, deutlich macht, dass da noch mehr von ihrer Sorte sind und dass wir richtig stark sind, wenn wir uns zusammen tun!

Aber ich kann es nicht sagen.

Ich kann so etwas nicht sagen, weil es so komische Bücher mit Gesetzen drin gibt. Da steht dann zum Beispiel drin, dass es mir das Gericht nicht negativ auslegen darf, wenn ich die Aussage verweigere – dass es aber durchaus belastend ausgelegt werden kann, wenn ich Teilaussagen machen würde.

Also verweigere ich die Aussage zum Tatvorwurf, bis es diese komischen Bücher mit den Gesetzen drin nicht mehr gibt.